

Beschluss

3/2004



Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

114. Mitgliederversammlung
25. bis 28. November 2004

Globalisierung im Dienste des Lebens

Die Globalisierung der Welt mit all den politischen, ökologischen und wirtschaftlichen Auswirkungen beeinflusst unser Leben. Darum nehmen wir zu Fragen der Globalisierung Stellung. Dabei wissen wir, dass wir nicht Zuschauende, sondern Betroffene von und Handelnde in Globalisierungsprozessen sind. Entsprechend dem Schöpfungsauftrag, die Erde zu bebauen und zu bewahren (Gen 2, 15) setzen wir voraus, dass diese Welt zukunftsfähig gestaltet werden kann und muss und dass Jugendlichen dabei eine entscheidende Rolle und entsprechende Förderung zukommt.

Wir beziehen mit diesem Papier Position, um Diskussionen anzustoßen und die bewusste Auseinandersetzung mit Fragen der Globalisierung zu fördern.

Die Evangelische Jugend richtet sich gegen eine vereinfachte Schwarz-Weiß-Bewertung von Globalisierungsprozessen und bestimmt ihre Position auf Grundlage einer differenzierten Beurteilung. Globalisierung ist ein Phänomen, das zunächst wirtschaftliche Bereiche umfasste, schnell aber sämtliche Bereiche des menschlichen Lebens erfasst hat. Diese zunehmende Intensivierung der Verflechtungen an sich ist weder gut noch schlecht. Als Evangelische Jugend setzen wir uns für eine Globalisierung ein, die bewusst gestaltet wird. Wir fordern die gerechte Verteilung von Globalisierungschancen und –risiken. Wir wollen nicht, dass ein Mensch auf Kosten eines anderen lebt.

In diesem Sinne beschreiben wir zunächst unsere Sicht auf Globalisierungsprozesse, beurteilen sie und leiten daraus Forderungen an die Politik und an uns selbst ab. Als Christinnen und Christen gehört es zu unserem Selbstverständnis, uns für eine gerecht gestaltete Globalisierung einzusetzen.

A) Globalisierung und ihre Auswirkungen

Auswirkungen von Globalisierungsprozessen sind auf der ganzen Welt wahrnehmbar. Sie sind vielfältig, ambivalent und oft unübersichtlich. Auch junge Menschen in Deutschland können Chancen von Globalisierung nutzen und sind mit ihren Risiken konfrontiert.

1. Wirtschaft und Finanzen

1.1 Die wirtschaftlichen Verflechtungen werden enger

Global agierende Unternehmen produzieren, handeln, nutzen Rohstoffe und kommunizieren weltweit. Diese orientieren sich an den Märkten und nicht an den Grundbedürfnissen der Menschen. Die zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtungen geschehen in der Hoffnung, dass alle Menschen gleichermaßen vom steigenden Wohlstand profitieren können. Die Beendigung der Abschottung einzelner Volkswirtschaften soll dazu dienen, Güter allen zugänglich zu machen und allen die Beteiligung am internationalen Handel zu ermöglichen.

Allerdings sind nicht alle Regionen der Welt gleichermaßen an der wirtschaftlichen Globalisierung beteiligt. Die Europäische Union, Nordamerika und Ostasien bilden zur Zeit die drei Schwerpunkte der Globalisierung.

Die Welthandelsorganisation (WTO) gestaltet den weltweiten Handel. Die Verhandlung der einzelnen Abkommen findet jedoch weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit und damit der öffentlichen Kontrolle statt. Handelsabkommen wird dabei in der Regel Vorrang vor internationalen Umwelt- und Menschenrechtsabkommen gewährt.

1.2 Der weltweite Finanzmarkt

Ebenso wie global agierende Unternehmen sehen sich die Akteure des Finanzmarktes nicht mehr an nationale Grenzen gebunden. Weltweit offene Finanzmärkte ermöglichen die Bereitstellung von Finanzen an jedem beliebigen Ort zu jeder Zeit. Allerdings steht der Finanzmarkt in keinem Verhältnis mehr zum Warenmarkt. Durch Spekulation, die abgekoppelt von realen wirtschaftlichen Fakten geschieht, kann ein hoher Gewinn erzielt werden, es können aber auch ganze Staaten in den Ruin getrieben und Menschen ihrer Existenzgrundlage beraubt werden. Beispiele dafür sind die Asienkrise und die Argentinienkrise.

Die hohe Verschuldung vor allem der Länder der Dritten Welt ist ein nach wie vor ungelöstes Problem, das die internationale Stabilität bedroht. Die Schulden armer Länder ersticken oftmals ihre sozialpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Die Rezepturen von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) haben sich bislang als ungeeignet erwiesen, die Probleme tatsächlich zu lösen. Dies liegt unter anderem daran, dass die Auflagen des IWF und die Politik der Weltbank zu stark auf Exportorientierung abzielten und dabei soziale Probleme in den Entwicklungsländern weitgehend ignorierten.

1.3 Politische Steuerung von Wirtschaft und Finanzen

Durch politische Entscheidungen nehmen grenzüberschreitende wirtschaftliche Verflechtungen und die Macht global agierender Unternehmen zu. Die daraus resultierende weltweite Konkurrenz um die Ansiedlung großer Unternehmen hat dazu geführt, dass Staaten ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht werden und entsprechende politische Steuerungsinstrumente nicht anwenden. Sie erhoffen sich davon „Standortvorteile“ im globalen Wettbewerb. Nachteilig wirkt sich dies nicht nur in der Sozialpolitik, sondern vor allem auch in der Umwelt- und Entwicklungspolitik aus. Die Versuche durch überstaatliche politische Strukturen wie die Europäische Union und internationale Abkommen auch in einem globalisierten Markt adäquate politische Steuerungsinstrumente zu schaffen, reichen bei weitem nicht aus.

1.4 Arm und reich

Die Kluft zwischen arm und reich wird größer. Dies betrifft sowohl die Bevölkerung in den einzelnen Staaten als auch das Verhältnis der Staaten untereinander. Die Hälfte der 1,2 Milliarden Menschen, die in absoluter Armut leben, sind Kinder und Jugendliche. Dabei sind die Heranwachsenden in den armen Ländern dieser Welt in weit größerem Maße als ihre Altersgenossen in den Industrienationen von den negativen Folgen der Globalisierung betroffen. Ausbeuterische Kinderarbeit und Kinderarmut, Kindersoldat(inn)en und Kindermigration kennzeichnen ihre Situation. Zugleich ist die Zukunft Jugendlicher in Deutschland in besonderem Maße durch die Versuche der Politik, sich vermeintlichen Globalisierungszwängen anzupassen gefährdet. Fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze und die Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme und Kürzungen der Ausgaben für Bildung sind Beispiele dafür.

2. Soziales und Gesundheit

2.1 Sozialsysteme ändern sich

Im Wettbewerb um den günstigsten Standort werden soziale Sicherungssysteme auf der einen Seite abgebaut. Demgegenüber gibt es weltweite Abkommen zur Formulierung sozialer Mindeststan-

dards, die vor allem für Menschen in der „Dritten Welt“ eine bessere soziale Absicherung garantieren können. Dem ungebremsten Wettbewerb um die billigsten Produktionsstandorte kann nur dann wirksam ein Riegel vorgeschoben werden, wenn diese Standards durchgesetzt werden.

2.2 Krankheiten weltweit

Krankheiten und Epidemien haben noch nie an nationalen Grenzen halt gemacht. Durch die Zunahme von weltweitem Tourismus und Migration breiten sich Krankheiten heute aber schneller aus. Die Ausbreitung des HI-Virus ist dafür ein trauriges Beispiel. Während die Globalisierung also auf der einen Seite zur schnelleren Ausbreitung von Krankheiten beiträgt, enthält sie auf der anderen Seite die Chance einer international koordinierten Bekämpfung. Oft sind aber auch hier die ärmsten Länder, vor allem durch den Patentschutz auf Medikamente, von den Chancen der Globalisierung abgeschnitten und nur mit den Risiken konfrontiert.

3. Bildung und Kultur

3.1 Bildung verändert sich

Bildung wird immer wichtiger für die Entwicklung individueller Lebensperspektiven. Im Zeitalter der Globalisierung spielt die Beherrschung von Fremdsprachen eine entscheidende Rolle. Der Umgang mit neuen Kommunikationstechnologien wie Internet ist heute in den Industrieländern eine selbstverständliche Notwendigkeit. Der Zugang zu Wissen und Bildung wird so einfacher. Durch den schnellen Wandel des Wissens spielt lebenslanges Lernen eine entscheidende Rolle. Das stößt dort an Grenzen, wo der Zugang zur Bildung nicht für alle gewährleistet ist oder Bildung allein nach ihrem ökonomischen Nutzen bewertet und damit zum Anpassungsprozess degradiert wird.

3.2 Weltweite (Jugend-)Kultur

Durch weltweiten Handel, das Internet und Globalisierungsprozesse in den Medien, aber auch durch die Durchsetzung der englischen Sprache als „first second language“ gibt es Tendenzen einer weltweiten kulturellen Vereinheitlichung. Besonders betroffen davon ist die Jugendkultur. Dabei scheint sich vor allem die US-amerikanische und europäische Kultur als „Normalkultur“ durchzusetzen. Gleichzeitig gibt es aber auch Einflüsse aus Kulturen Afrikas, Asiens und Südamerikas, die weltweit ihre Spuren hinterlassen. Beide Tendenzen sind Zeichen kultureller Globalisierung. Die kulturelle Entwicklung beschleunigt sich und verläuft ungleichzeitig. Dabei besteht die Gefahr, dass regionale und ethnische Bindungen und Identitäten zerstört werden. Dies wiederum kann - gesellschaftliche Fraktionierungen hervorrufen, d. h. den einseitigen Rückbezug auf lokale, kulturelle Identitäten.

4. Gesellschaft

4.1 Gesellschaftliche Bindungen ändern sich

Stellenwert und Bedeutung von Organisationen, wie Parteien, Vereine oder Kirchen ändern sich, zum Teil gegenläufig. Während in den Industrieländern vor allem des Nordens ihre integrierende und identitätsstiftende Kraft zurück geht, nimmt die Bindungsfunktion religiöser und politischer Gruppen und Splittergruppen in den Ländern des Südens mit positiven, wie negativen Auswirkungen eher zu.

4.2 Die Bedeutung von NGOs wächst

Die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und der Rückzug der Politik haben eine wachsende Bedeutung von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) zur Folge. Eine Vielzahl von NGOs und kirchlichen Organisationen arbeitet mittlerweile selbst global. Durch ihre Mitarbeit versuchen Menschen Gesellschaft zu gestalten und der neoliberalen Globalisierung andere Akzente entgegenzusetzen.

5. Umwelt

Umweltfragen waren schon immer Fragen, die über nationalstaatliche Grenzen hinausreichten. Die globalisierte Produktionsweise hat enorme Auswirkungen auf die Umwelt. Die Zunahme des Transports und der Zuwachs im Luftfrachtverkehr sind seit den 90er Jahren erheblich.

Umweltauflagen im Norden veranlassen Unternehmen dazu umweltschädigende Produktionsprozesse in den Süden auszulagern, wo diese Auflagen nicht gelten. Die ökologische Gesamtwirkung dessen bleiben nicht aus. Alarmierend sind die Auswirkungen des steigenden Energieverbrauchs auf das Weltklima. Durch den unbegrenzten Ressourcenverbrauch ist die biologische Vielfalt bedroht. Für das Artensterben sind vor allem die Abholzung, der Verkehrs- und Siedlungsbau, die Intensivlandwirtschaft, die Degradation von Böden sowie Gewässer- und Luftverschmutzung verantwortlich.

B) Für eine andere Globalisierung

Globalisierung birgt Chancen und Risiken in sich. Allerdings sind diese sowohl im internationalen als auch im nationalen Maßstab ungleich verteilt. Menschen in der „Dritten Welt“ haben weniger Chancen, von der Globalisierung zu profitieren, als Menschen, die in Europa, Nordamerika oder Ostasien leben. Menschen mit einem geringen Bildungsstand, Menschen mit geringen materiellen Möglichkeiten oder Menschen, die nicht mobil sind, sind auch in den reichen Ländern viel stärker von den Risiken der Globalisierung betroffen, als sie die Chancen nutzen können.

Nach der Ideologie des Neoliberalismus, der dem Prozess der Globalisierung an vielen Stellen zu Grunde liegt, ist der Markt das einzige Instrument, mit dem der Wohlstand möglichst vieler Menschen gesichert werden kann. Der freie Austausch von Gütern, Kapital und Arbeitskraft stellt nach der Überzeugung des Neoliberalismus sicher, dass diese Ressourcen so effizient wie möglich genutzt werden. Danach kann jeder Mensch sich mit seinen eigenen Kompetenzen dem Markt stellen und je nach dem, wie gut sie oder er wirtschaftet, am wachsenden Wohlstand teilnehmen. Einschränkungen durch staatliche oder gesellschaftliche Akteure würden diesen Mechanismus behindern. Dieser Logik zufolge sollten durch Deregulierung (Abschaffung staatlicher Regelungen und Gesetze, Steuersenkungen), Privatisierung (bspw. von Energie und Wasser, Bildung oder öffentlichen Verkehr) und Liberalisierung (Abschaffung sämtlicher Handelsschranken für Waren, Kapital und Arbeitskraft, wie z. B. Zölle) politische Gestaltungsmöglichkeiten abgebaut werden.

Die Vertreter(innen) des Neoliberalismus übersehen dabei, dass die Ausgangsbedingungen für Menschen am Markt sehr unterschiedlich sind (in Hinsicht auf Kapitalausstattung, Bildung, Zugang zu Informationen, Zugang zu Ressourcen u. ä.), und deshalb auch die Chancen, am Markt erfolgreich zu sein, unterschiedlich groß sind. Zudem ist das Menschenbild des Neoliberalismus, nämlich der stets nur auf den eigenen Vorteil bedachte, als Einzelwesen agierende „Nutzenmaximierer“ zu hinterfragen. Die Vertreter(innen) des Neoliberalismus nehmen nur die „Gewinner“ von Globalisierung wahr, die „Verlierer“ werden vergessen.

Als Christ(inn)en sind wir davon überzeugt, dass jeder Mensch ohne Rücksicht auf seine Leistungsfähigkeit und seinen ökonomischen Erfolg ein von Gott geliebtes Wesen ist. Jeder Mensch hat Würde. Der Zugang zu Bildung, zu medizinischer Versorgung sind eine materielle Grundsicherung u.a.. Dies sind unabdingbare Voraussetzungen für ein menschenwürdiges Leben, die deshalb nicht Marktmechanismen unterworfen werden dürfen.

Wenn Globalisierung heißt, alle Sphären menschlichen Lebens dem Markt zu unterwerfen, stellen wir uns dagegen. Wir begreifen Globalisierung als Phänomen, das Grenzen überwinden kann. Wir setzen uns für eine Globalisierung ein, die dazu beiträgt, das Gefälle zwischen arm und reich zu

verringern. Wir setzen uns für eine Globalisierung ein, die allen Menschen Chancen eröffnet. Wir setzen uns für eine Globalisierung ein, die eine nachhaltige Entwicklung für alle ermöglicht und nicht nur der Logik einer kurzfristigen Profitmaximierung folgt. Dazu ist eine gesellschaftliche Regulierung der Globalisierung erforderlich.

Wir als Evangelische Jugend wissen uns als von Globalisierungsprozessen betroffen. In Europa gehören wir eher zu denen, die von der momentanen Form der Globalisierung profitieren. Uns stehen Möglichkeiten offen, die Jugendlichen in anderen Teilen der Welt und auch unseren Eltern nicht zur Verfügung standen. Wir sind frei, Entscheidungen zu treffen, wie wir leben wollen. Im Vergleich zu vielen anderen grenzen uns materielle Armut und traditionelle Zwänge kaum ein. Wir wollen diese Chancen aber nicht auf Kosten anderer Menschen, die in anderen Teilen der Welt oder die nach uns leben, wahrnehmen. Wir sind bereit, zugunsten von anderen zu verzichten.

C) Forderungen an die Politik

Um unsere Vorstellung einer gerechten und nachhaltigen Globalisierung zu verwirklichen, muss sich viel ändern. Deshalb stellen wir Forderungen. Dabei kommt es uns darauf an, die neoliberale Logik, die vielen Globalisierungsprozessen zurzeit zu Grunde liegt, zu überwinden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Politik ihre Handlungsspielräume gegenüber dem Markt erhält bzw. zurückgewinnt. Wir wenden uns gegen die Vorstellung, der Markt könne am besten menschliches Zusammenleben gestalten. Für die Gestaltung menschlichen Zusammenlebens ist ein demokratisch verfasstes politisches System, in dem alle über die Fragen entscheiden, von denen sie betroffen sind, unerlässlich. Internationale politische Organisationen wie die Vereinten Nationen (UN) müssen gestärkt werden. Organisationen wie die Welthandelsorganisation (WTO), die Weltbank oder der Internationale Währungsfond (IWF) müssen als politische Organisationen verstanden und einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Nur so können die Interessen aller Menschen Eingang in Entscheidungen finden. Wir fordern die Rückbesinnung auf politisches Handeln.

1. Wirtschaft und Finanzen

1.1 WTO und internationales Handelsrecht reformieren

Die Welthandelsorganisation (WTO) muss demokratisiert werden. Verhandlungen müssen öffentlich stattfinden und Nichtregierungsorganisationen beteiligt werden. Bevor neue Handelsabkommen durch die Mitgliedsstaaten der Welthandelsorganisation beschlossen werden, muss eine Bilanz über die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Folgen der letzten Entscheidungen erstellt und öffentlich diskutiert werden.

Die Welthandelsorganisation muss umgebaut werden, um den armen Ländern eine faire Teilhabe am Welthandel zu ermöglichen und ihnen eine echte Stimme in der WTO zu ermöglichen.

Menschenrechte und Umweltschutz haben Vorrang vor wirtschaftlichem Gewinnstreben. Deshalb müssen die Bestimmungen und Ziele internationaler Menschenrechts- und Umweltabkommen Vorrang vor WTO-Regeln erhalten. Dies betrifft die Basisdienstleistungen wie Wasser, Gesundheit und Bildung, die von Liberalisierungsvereinbarungen im GATS-Abkommen der WTO ausgeschlossen werden müssen. Das WTO-TRIPs-Abkommen über geistige Eigentumsrechte wie Patente darf nicht länger Bestimmungen und Ziele der Konvention über biologische Vielfalt konterkarieren.

Subventionen und Zölle dürfen nicht dazu dienen, die Märkte der Industrieländer nach außen abzuschotten. Den industriell weniger entwickelten Ländern werden so Möglichkeiten des Handels und damit der Entwicklung genommen, vor allem, wenn ihnen auch durch Auflagen von Weltbank und IWF gleichzeitig das Erheben eigener Zölle verwehrt wird. Subventionen dürfen ebenfalls nicht zum Handelshemmnis für Entwicklungsländer werden. Zölle und Subventionen dürfen nicht dazu dienen, den ungerechten Status quo der weltweiten Verteilung des Reichtums zu erhalten.

1.2 Weltbank und IWF reformieren

Die internationalen Finanzorganisationen Weltbank und IWF müssen nach demokratischen Gesichtspunkten radikal reformiert werden. Die Verteilung der Stimmen in Weltbank und IWF muss zugunsten der Entwicklungsländer verändert werden. Weltbank und IWF gestalten schon jetzt Politik, müssen also auch politisch gesteuert werden.

Die Aufgaben von Weltbank und IWF müssen deutlich getrennt werden und auf ihre Ursprünge zurückgeführt werden. Während der IWF Hilfe in Krisensituationen – ohne Ansehen der politischen Bedingungen – leisten soll, ist es Aufgabe der Weltbank, durch die Vergabe langfristiger Entwicklungskredite Strukturentwicklung zu fördern. Dies kann nicht nur unter wirtschaftlichen, sondern muss auch unter politischen Gesichtspunkten geschehen, wie unter Beachtung demokratischer, sozial- und umweltpolitischer Entwicklungen im Empfängerland.

1.3 Schuldenerlass

Mit der Einführung einer Fair and Transparent Arbitration Procedure (FTAP) für alle hoch verschuldeten Länder soll sichergestellt werden, dass Entschuldungsmaßnahmen tatsächlich der Arbeitsbekämpfung und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zugute kommen. Die Schulden der ärmsten Länder müssen erlassen werden. Ein Insolvenzsystem für hochverschuldete Staaten muss einen Neuanfang in staatlicher und wirtschaftlicher Unabhängigkeit ermöglichen.

1.4 Internationale Steuern

Eine Steuer auf Währungsspekulationen (Tobin-Steuer) wird gebraucht um schädliche Währungsturbulenzen zu vermeiden. Diese zerstören Arbeitsplätze und die Sozialversorgung von Menschen und können ganze Volkswirtschaften zerstören. Eine weitere Erhitzung internationaler Finanzmärkte mit unübersehbaren Folgen kann durch solch eine Steuer vermieden werden.

Zudem ist ein internationales Steuersystem auf Gewinneinkünfte zu entwickeln, das Kapitalflucht erschwert. Off-Shore-Zentren (Steuerparadiese) sind international zu ächten.

1.5 Verbindliche Regulierung für global agierende Unternehmen

Global agierenden Unternehmen muss eine Rechenschaftspflicht über die Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf Umwelt, Menschenrechte und sozial Gerechtigkeit auferlegt werden. Verstöße gegen Menschenrechte, sowie Sozial- und Umweltstandards müssen geahndet werden. Auf der Grundlage des Vorsorgeprinzips müssen Unternehmen für die schädlichen Folgen ihres Handelns haftbar gemacht werden können. Deswegen unterstützen wir ausdrücklich die Annahme der UN Draft Norms on the Responsibility of Transnational Corporations and Other Business Enterprises with Regard to Human Rights.

2. Soziales und Gesundheit

2.1 Soziale Mindeststandards schaffen

Die Einführung sozialer Mindeststandards begrenzt die Tendenz des Verdrängungswettbewerbs nach unten. Solche Standards dürfen nicht dazu dienen, Entwicklungsländer vom Welthandel auszuschließen. Sie müssen im Dialog mit den Entwicklungsländern unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft beschlossen werden. Die Industrieländer müssen geeignete politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um die Entwicklungsländer bei der Einhaltung der Mindeststandards zu unterstützen.

2.2 Zugang zu medizinischer Versorgung sichern

Der Zugang zu medizinischer Versorgung und zu Medikamenten muss für alle Menschen bezahlbar sein. Durch einfache und praktikable internationale Vereinbarungen muss sichergestellt werden, dass Medikamente auch für arme Menschen in der „Dritten Welt“ bezahlbar sind.

3. Bildung und Kultur

3.1 Bildung muss für alle zugänglich sein

Bildung ist eine der zentralen Ressourcen. Sie muss daher allen Menschen offen stehen, unabhängig von deren finanziellen Möglichkeiten. Der Zugang zu Schule, Ausbildung und Studium darf nicht einer sozialen Selektion unterworfen werden.

In einer komplexer werdenden Welt müssen jungen Menschen praktikable Wege offen stehen, eigenverantwortlich Entscheidungen im Blick auf ihr eigenes Leben und auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu treffen. Dabei darf Bildung weder durch wirtschaftliche noch durch andere Interessen funktionalisiert werden. Sie muss die sozialen Räume bieten, in denen sich jugendliches Potenzial entfalten kann, alternativ zu denken, bestehende Verhältnisse zu hinterfragen sowie Visionen und entsprechende Handlungsoptionen zu entwickeln.

3.2 Kultur(en) erhalten

Kultur ist eine zentrale Lebensäußerung und -bedingung von Menschen. Wirtschaftliche und -politische Macht darf nicht dazu führen, dass regionale Kulturen vernichtet werden. Kulturelle Gegebenheiten müssen bei finanzpolitischen und wirtschaftlichen Entscheidungen berücksichtigt werden.

4. Gesellschaft

4.1 Gesellschaftliche Bindungen stärken

Zu den öffentlichen Aufgaben gehört die Stärkung gesellschaftlicher Bindungen. Dazu ist es erforderlich kirchliche Organisationen, Vereine und NGOs finanziell zu unterstützen und ihnen soziale Räume zu bieten, damit sie eine Identität stiftende und Integration fördernde Wirkung entfalten können.

4.2 Mitbestimmung

Individuellen Grundrechten muss international Geltung verschafft werden – von Guantanamo Bay, Sudan bis China. Individuelle Grundrechte stehen über wirtschaftlichen, finanziellen, politischen oder anderen partiellen Interessen. Allgemeine Informationsrechte müssen international gelten. Behörden müssen alle Informationen auf Anfrage der Bürger zur Verfügung stellen.

Die politischen Handlungsspielräume gegenüber global agierenden Konzernen müssen erweitert werden. Nur die Gesellschaft selbst kann Gerechtigkeit herstellen und die Armen am Wohlstand teilhaben lassen sowie eine nachhaltige Geschlechter- und Generationengerechtigkeit gewährleisten.

Internationale politische und gesellschaftliche Organisationen sollen gestärkt werden. Wir fordern von der Bundesregierung die Einhaltung internationaler Vereinbarungen.

Eine Form der Mitbestimmung ist die Einbeziehung von NGOs in Entscheidungsabläufe. NGOs sind wichtige Vertreterinnen der Interessen von Betroffenen und müssen deshalb gestärkt werden.

5. Umwelt

Internationale Umweltabkommen müssen gestärkt werden. Das bedeutet, dass Verstöße konsequent verfolgt und geahndet werden müssen. Umweltabkommen müssen Vorrang vor Handelsabkommen haben. Auch im Umweltbereich sind internationale Standards unerlässlich. Sie dürfen aber auch hier nicht dazu dienen, Entwicklungsländern den Zugang zum Welthandel zu verschließen.

Darüber hinaus müssen Instrumente entwickelt werden, um internationale Gemeinschaftsgüter (Luft, Meer) besser zu schützen und ihre Nutzung für die Finanzierung von Entwicklung im Süden heranzuziehen.

D) Evangelische Jugend setzt sich ein

Gott wird in der Bibel bezeugt als der, der Leben schafft und erhält. Ein Wirtschaftssystem, das menschenverachtende Ergebnisse bewirkt, verlangt unseren Widerstand. Als Christinnen und Christen stellen wir uns auf die Seite derer, die zu den Verlierern gehören. Wir sind solidarisch mit den Kindern und Jugendlichen überall auf der Welt, die zu den Verlierern des gegenwärtigen Weltwirtschaftssystems gehören. Unsere Aufgabe als Evangelische Jugend besteht deshalb darin, die Vision einer anderen Globalisierung und an der Vision von einer zukunftsfähigen Gesellschaft festzuhalten. Denn Visionen sind die Voraussetzung für die Entwicklung konkreter Perspektiven. Evangelische Jugend ist sensibel für den Mangel an Gerechtigkeit und die Abwesenheit von Gottes Shalom auf dieser Welt und will den Sensus für Gerechtigkeit stärken.

Doch Jugendliche sehen sich wie Erwachsene auch mit dem so genannten TINA-Syndrom (There Is No Alternative) konfrontiert. Der Traum von einer anderen Welt wird an die Bedingung geknüpft, „wer kritisieren will, muss Alternativen bringen!“ Die Sehnsucht nach einer Welt, in der es leichter wäre gut zu sein, wird oft vorschnell abgetan.

Der Blick für das, was praktikabel ist und die Vision, die weiß, dass diese Welt nicht so bleiben muss wie sie ist, dürfen jedoch nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Blick auf die Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens gehören beide gleichberechtigt zusammen. Visionen aus christlicher Perspektive orientieren sich am konkreten Handeln Jesu, der uns auffordert, zuerst nach dem Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit zu trachten (Mt 6,33). Den Mut zu Visionen zu haben bedeutet, die Überwindung dieser Grenzen für möglich zu halten, ohne sich gleich von der Frage nach der Realisierbarkeit einschüchtern zu lassen. Die Vision einer anderen Welt ist nicht mit einem perfekten und tragbaren Konzept für die Gestaltung der Welt von morgen zu verwechseln. Sie ist die Voraussetzung dafür. Denn nur wenn wir uns die Idee nicht ausreden lassen, dass nichts so bleiben muss wie es ist, werden wir unsere Kreativität und Fantasie für Wege zu mehr Gerechtigkeit entfalten können. Deshalb bleibt die Evangelische Jugend nicht dabei stehen, eine andere Welt für möglich zu halten. Denn uns ist verheißen, dass das Reich Gottes bereits angebrochen und mitten unter uns ist. An uns ist es die Sehnsucht nach dem Shalom Gottes Wirklichkeit werden zu lassen und die Globalisierung menschenwürdig zu gestalten.

Wir leisten schon jetzt Beiträge, um weltweite Ungerechtigkeit mit konkreten Projekten zu mindern, sowie das Bewusstsein für die weltweiten Zusammenhänge unseres Lebens zu entwickeln.

- Evangelische Jugend ist in zahlreichen Aktionsgruppen und Eine-Welt-Läden für fairen Handel engagiert.
- Wir engagieren uns in Kooperation mit „Brot für die Welt“ für das Menschenrecht auf Wasser.
- Wir setzen uns für Projekte nachhaltiger Entwicklung ein.
- Wir wenden uns gegen Ungerechtigkeiten und für eine neue Weltwirtschaftsordnung.
- Wir suchen den Austausch mit Menschen anderer Kulturen und Religionen hier und in Internationalen Jugendbegegnungen.
- Wir sind Träger von Partnerschaften zu Gemeinden in der „Dritten Welt“.
- Wir sind Träger von Internationalen Work-Camps.
- Wir arbeiten in ökumenischen Organisationen, den örtlichen, landes- und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften christlicher Kirchen und dem Ökumenischen Rat der Kirchen.
- Wir schaffen Begegnungsmöglichkeiten mit jugendlichen Migrantinnen und Migranten.
- Wir begleiten den europäischen Integrationsprozess kritisch und konstruktiv.
- Wir engagieren uns für das Globale Lernen als Prinzip einer neuen Lernkultur für eine zukunftsfähige soziale Entwicklung im globalen und lokalen Rahmen.

Bei all dem wissen wir, dass das nicht ausreicht. Selbstkritisch geben wir zu, dass wir uns viel zu oft nicht klar machen, wie wir in Globalisierungsprozesse eingebunden sind und ohne es zu wollen

auf Kosten anderer leben. Darum müssen aus Einsichten Taten folgen, da jeder Mensch vor Gott gleich wertvoll ist. Wir halten an dem Traum von einer Welt fest, in der sich der Wert eines Menschen nicht in Geld bemessen lässt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Enthaltungen